

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebkübler u. der Arbeiterschaft in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal MR. 3

Erscheint jeden Mittwoch Redaktionsschluss Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro dreieckspaltene Zeitzeile MR. 1, für die Zeilenstellen 30 Pf.

Durch Einigkeit zur Freiheit.

Das höchste Gut jedes Kulturmenschen ist die Freiheit. Schon in alten Zeiten, als noch die Kultur ein ununterbrochener Begriff war und die Vorherrschaft herrschte, strebten die sich unfrei führenden der Freiheit zu, und Heilatomben von Opfern sind schon damals im Stande für dieses hohe Menschheitsgut gefallen. Schon im antiken Altertum rückte der Sklave an seinen Seiten, und Spartacus bewegte die nach Freiheit sehenden nun sich, um sie durch Kampf und Sturm dem freien Menschenstand zu zuführen. Und im Mittelalter kämpften die im Kriegerdienst stehenden Barden um ihre Befreiung aus den Fesseln des sie bedrückenden und ausseigenden Adels einen blutigen Befreiungskampf ...

Beide Erhebungen waren dictiert vom Streben nach Freiheit und gleichem Menschenrecht. Der Fried war ein bedrohter und gerechter, und dennoch verloren die Kämpfe ausgangslos der nur ihre Freiheit Ringenden. Warum? War ihre Zahl zu gering gegenüber den Legionen der Befreier? Keineswegs! Sie hielten sich gesäßt, und siehe da: ihrer waren mehr der Bedrücker. Sie erlangten auch anfangs den Sieg und führten von Erfolg zu Erfolg. Doch dann fühlte sich der böse Feind der Einigkeit in ihre Reihen, vernichtete den Erfolg, und das Unrecht triumphierte von neuem. Die Herren von ehemals, die schon um ihre Herrschaft gesiegt und das Ende ihrer Herrlichkeit bekommen wählten, sie atmeten auf und schlugen mit brutaler Grausamkeit die Freiheitskämpfer zu Boden.

Und heute? Wieder ist ein gigantischer Kampf entbrannt um Freiheit und gleicher Menschenrecht. Die unteren Volksdichten streben zum Licht, in den Reihen der Freiheit. Und wieder will es ein böses Verhängnis, daß sie bei diesem großen Kampfe der Einigkeit ermangeln. Wie Mehlkorn legt sich die Einigkeit auf die Grünster und fordert die proletarische Befreiung. Die Bedrückten führen nicht den Kampf gegen den gemeinen Feind, vielmehr, ziehen sie sich selbst in hartem Streit gegenüber, sie verlieren einander nicht mehr, obwohl sie bisher erlittenes gemeinsames Leid einen sollte. Und dieser Bruderkampf bietet Gleichbedeutung wie auch schon seit langem nicht mehr mit einem Wort und den reinen Waffen des Geistes geführt, er wird begleitet durch Hass, Wut und heimliche Vergeltungsabsicht, hat alles Edelfeins oder gar proletarischer Ritterlichkeit. Zur Nähigung und Einigkeit nehmende Stimmen werden verhöhnt oder verhallen frößlos im Winde. Obwohl jedoch letzten Endes das gleiche will und nur die Ansichten über das Mittel zum Friede ausgetauscht werden, sammelt man einander Terrörer und Feigling und erzieht schon breitseit die im freien Meinungsausspruch nötigen Argumente durch das Mittel der brutalen Gewalt ...

Der leidenschaftsvoller die Situation überfließende sieht diesen Todshaben aufs tiefste befürchtet gegenüber. Wo die blinde Leidenschaft wirkt, fühlt die Vernunft zu den Sünden, und dem ewig wahren Grundsatz, daß nur die Einigkeit den Erfolg verbürgt, steht man verständnislos stehend gegenüber. Und doch wäre es so leicht, sich von dieser ewigen Wahrheit zu überzeugen, wenn man aus dem weitauftgeschlagenen Buche der Weltgeschichte die Beweise für diesen Wahrheitsbalken heraussäße! welche ...

Weshalb erlagen die Scharen des Spartacus ihren zusammen gedrängten Feinden? Warum nutzten die Männer des Mittelalters wieder das schwere Rad der Verbündigkeit und Freiheit auf ihre ehemaligen Rüder laden? W. L. ist der Einigkeit: ermanzen. Nur die Einigkeit verleiht den Mut und spendet die Kraft zur Errichtung des Frieden der Einigkeit zu verwirklichen des Frieden. Warum und was geschehen kann!

Begrüßt Ihr Protektor, den Gott der Stärke! Erkennt endlich die Gefahr, die Eich und alles bisher Errungene zu verschlingen droht. Was hat die Sozialdemokratie früher von Sieg zu Sieg geführt und ihr schließlich eine Macht verliehen, daß die Reaction verjagt aufhorcht und ihre Raben die verfallende Dingburg blöden Gewalt herrschaftsamt möglich freischaffend umstrotzen? Das war ihre Einigkeit, die von jedem einzelnen als erstes Erfordernis zur Errichtung des Ziels erachtet, die wie ein Elefanten gehütet wurde und deren Kraft noch hente in diesem Chaos der Zerrissenheit eine nachhaltende Wirkung übt. Was hat die Gewerkschaften groß gemacht, daß sie von Erfolg zu Erfolg schreiten konnten, den Absolutismus der Industriekräfte in den Orbit stürzten, eine hilfreiche, missverstimmende Kartellpolitik durchsetzen, die Löhne verbesserten und die früher schier unendlich lange Arbeitszeit verkürzten? Das war der massenden Erkenntnis zu danken, daß nur die Einigkeit die Fesseln löst, daß nur die gezielte Solidarität den Erfolg verbürgt!

Trotzdem heute Hass und Zersetzung beim Sturm auf die letzten Positionen des Gegners. Begrüßt es, Ihr Proletariat: Der Erfolg ist nun zwar möglich, wenn Ihr in geschlossener Schlachtfest und im Einigkeit dem Feinde begegnet. Einigend und hohlschlüssig steht die Reaction Eurem funkelnden Treiben der Selbstverleistung zu, und ihre Raben wehen schon die brüchigen Schnabel zu keiferem Siegesträufchen. Merkt Ihr denn gut nicht, daß die Rüstschärfen und Finsterlinge sich von neuem bilden und ein neues Herrschaftsreich errichten wollen Unrecht und Unfreiheit?

Nur durch Einigkeit gelingt Ihr zur Freiheit! Das begreift endlich einmal! Wollt Ihr, daß Ihr im Kampf für Freiheit und Recht unterliegt, dann verharrt weiter im Bruderkampf. Berlebigt Euch weiter in jämbolem Jamm. Eure Feinde, die Eich die Robenberührte des Jahres 1918 nie vergessen werden und restlos auf harte Vergeltung hunten, werden dann Euer die günstige Gelegenheit finden, Euch aus dem Sattel ins Paradies zu stürzen. Meint Ihr es dagegen ehrlich mit Eurem Streben nach Freiheit und Menschenlauf — und Ihr dankt es offenkundig zu meinen! — dann unterdrückt den Bruderkrieg und die mächtigen Vorwürfe und nicht Euch endlich die Hände zum gemeinsamen Werken für Freiheit und Gerechtigkeit! Dann werdet Ihr auch den Sieg erringen, und die Raben des Rüstschäfts und neofaschistischen Plunders mittelalterlicher Kaiserlichkeit werden ohnmächtig freischaffend im ewigen Feuer der Vergessenheit verlöschen ...

Nur durch Einigkeit gelingt Ihr zur Freiheit. Wer das erkannt hat, dem ist als erstes Erfordernis für Erfolg und Sieg der Wille zur Einigkeit vorgeordnetes oberstes Gesetz. Nicht jener Wille, der die Unterwerfung der Meinung des anderen fordert, sondern der Wille, der den Weg zur Einigkeit zeigt auf dem Wege brüderlicher Verständigung. Und dieser Weg ist möglich. Bekanntermaßen, ob es zu walt ist. Sonst triumphieren die alte Herrschaft und das alte Recht. Und die Sache des Rechts und der Freiheit wird wieder einmal durch die Einigkeit der Männer um den heiteren Erfolg gebracht!

Aus der Marmeladenindustrie.

Den laufenden Beschäftigten in der Marmeladenindustrie droht die große Gefahr der Arbeitslosigkeit durch die vom früheren Kriegs, jetzt Reichsernährungsamt betriebene unverantwortliche Politik in der Ernährungsversorgung dieser Industrie. Wir entnehmen hierüber der "Kölner Zeitung": Die Überfüllung, momentan in der Marmeladenindustrie, sei so groß, daß niemand heute eine Marmeladenfabrik anfangen könnte, ohne wirtschaftlichen Scheitern zu begegnen. Die Fabrikanten seien im April vorigen Jahres an die Reichs-

Stelle für Gemüse und Obst herangetreten, die Zuteilung an Obst, obwohl es zu begrenzt, daß jeder Fabrikant das Friedenswagnis aus eigenen Kräften würde tragen können. Sollte jedoch die Absicht zur Versorgung der Bevölkerung mit 10 Millionen Zentner Marmelade durchgeführt werden, so müsse die Reichsstelle die Geräte für die notwendigen Zuckerlieferungen und für den Absatz der Erzeugnisse übernehmen, weil jeder Fabrikant wüßte, daß mit Eintritt der Friedenswirtschaft der Bedarf schnell zurückgehen müsse. Darauf wurde die Sicherung von der Reichsstelle gegeben, daß in, sofern es im Rahmen der Gesamtirtschaft eingängig erscheint, die Interessen der Marmeladenindustrie nachdrücklich vertreten werde.

Auf diese Zusicherung wurden die Marmeladenfabrikanten unterstrichen bei Vermeidung der Betriebsverstreiche verpflichtet, sämtliche Zuweisungen der Reichsstelle oder ihrer Tochtergesellschaften an Rohstoff und Streckungsmitteln widersprüchlos und selbstverständlich gegen Bezahlung hereinzunehmen. Dadurch sind die Fabrikanten mit Kirschen, Mohnen, Rote Beeren, Tomaten, Wildfrüchten und Auslandsobst befreit, anders aus Rumänien, Polen und Oberost ist stark durch die Reichsstelle verorgt worden, daß sie jetzt Rohstoffe für 10 Millionen Zentner Ware im Hause haben. In der Haupthand sind diese Rohstoffe in die Form des Halberzeugnisses für Marmeladenzwecke (rohkonserniertes Obst und Pulp) überführt worden, so daß es auch nur für diese Zwecke verwendbar ist.

Im vergangenen Jahre wurde in den Marmeladenfabriken Tag und Nacht bei doppelter Belegschaft gearbeitet. Solange die gewaltigen Lieferungen für das Militär bedeutende Quantitäten erforderten, stand auch diese Ware ihren Abnahmen. Als jedoch die Demobilisierung diese Lieferungen einstellte, sollte man annehmen, daß auch selbstverständlich eine vernünftige Arbeitsweise Platz greifen würde. Das war aber nicht der Fall. Und hier trugen die Fabrikanten ausschließlich die Schuld allein. Aber auch die Reichsstelle für Gemüse und Obst ist nicht frei von Schuld. Sie hätte frühzeitig unter Hinziehung der zuständigen Gewerkschaftsvertreter Vorkehrungen treffen müssen, daß die Arbeitsweise in vernünftige Bahnen geleitet wird, um der Arbeitslosigkeit von tausenden Personen vorzubürgen. Das ist nicht geschehen. Zu den diesbezüglichen Verhandlungen hat man die Organisationenvertreter nicht hinzugezogen. Jetzt erfolgt der Zusammenbruch, weil infolge des Zustandekommens die lagernden Rohstoffe nicht verarbeitet werden können.

Den Schaden hat davon wieder in der Haupthand die werkstätige Bevölkerung. Erstmals weil infolge der riesigen Mengen von Marmelade dieses Produkt bei langer Lagerung schlechter wird und erst in diesem Zustand an die Konsumanten abgeht, dann durch die eingerescerte Verteilung von 30 g pro Pfund und endlich durch das Mitaufbringen der hohen Summen für die Arbeitslosenunterstützung, die nunmehr vom Reich an die Arbeitslosen zur Auszahlung kommen muß.

Die in der Marmeladenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die nunmehr infolge der Betriebsverstreiche auf die Straße liegen, sind noch obendrein geschädigt. Der Fabrikant hat die hohen Reingewinne in der Tasche. Er kann auch lange Zeit sorgenlos von diesen Geldern leben; denn die Marmeladenfabrikation hat den Herren schöne Summen Sehnsucht hindurch in ihre Taschen ließen lassen. Der Arbeiter und die Arbeiterin könnten kaum ihr normales Leben bei schwerer Arbeit und hämmерlichen Böhrn fristen. Sie gehen heute ärmer als früher da. Damals hatten sie noch Kleider zum Anziehen, die noch nicht zerissen waren, heute müssen sie in Lumpen laufen. Nun ihnen kann nur die zuständige Organisation helfen.

Und hier ist der Hebel anzusehen, damit es auch für diese Industriearbeiter besser wird. Schuld tragen auch sie mit, daß wir jetzt nicht anders auftreten können und uns mit dem langwierigen Verhandlungsweg beschließen müssen, um zu erreichen, daß recht bald alle Betriebe wieder in Gang gebracht werden. Obwohl durch Schiedsspruch die Marmeladenindustrie dem Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Betriebsgenossen zugewiesen wurde, müssen wir heute nach einem Werktag noch feststellen, daß leider noch ein großer Teil dieser Arbeiter und Arbeiterinnen in andern gewerkschaftlichen Organisationen Mitglieder sind und versuchen, durch die ihre Interessen zu vertreten. So wird es aber nicht gehen. Wenn wir greifbare Vorteile in den Lohn- und Arbeitsbedingungen erwirken wollen, dann dürfen wir dem in einem einheitlichen Verband organisierten Unternehmertum nicht zerstört gegenüberstehen, wir müssen uns ebenfalls eine

Einheitsorganisationen schaffen.

Solange die Betriebsgenossen in der Marmeladenindustrie in vielen Betrieben vereint sind, wird von dem Machtblock einheitlich handeln zu können. Wir freuen doch darum,

überall unseres Einfluss auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geltend zu machen. Das bedingt aber ein einheitliches Vorgehen. Solange aber diese Grundlage nicht geschaffen ist, werden unsere Ziele bei dem gut organisierten Unternehmertum nicht verwirklicht werden.

Kollegen und Kolleginnen! Wollt Ihr auch in der Marmeladenindustrie menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen, dann schließt die Reihen und tretet alle Eurer zuständigen gewerkschaftlichen Organisation, dem Generalverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen bei.

Schafft Euch eine nachvolliebare Einheitsorganisation!

Eine Bezirkskonferenz in Hannover.

Am 25. Mai fand im Bäckeramtshaus eine Bezirkskonferenz des Bezirks im Bezirk statt, zu der 28 Delegierte erschienen waren. Zu den Lohnabmachungen für die Kollegen in den Bäckereien, Brotfabriken und Proviantämtern gab Kollege Stiel, Hannover, zunächst einen Rückblick über die fortgesetzte Tendenz, der er unsere Lohnbewegungen gegenüberstellte. Durch die in letzter Zeit erreichten Erfolge machte sich ein kolossaliger Zugang nach den Großstädten und ein Zurücktreten unserer Kollegen aus anderen Berufen bewirkt, wodurch eine große Arbeitslosigkeit entstand. Diese zu beseitigen, gelang nur in einigen Städten und auch dort nur zum Teil. Zur Einschränkung der Lebendigkeitszulässigkeit müsse noch mehr getan werden; auch die gesetzliche Arbeitszeit für Lehrkräfte würde noch sehr viel überschreiten. Auf die Durchführung der Tarife müssen die Kollegen noch mehr achten.

Engel, Göttingen, schilderte die große Lebendigkeitszulässigkeit am Ende; er keine Fälle, wo 5 Lehrkräfte gehalten würden, ohne einen Gesellen zu beschäftigen.

Büghorst, Alfeld, wies auf die Freitendigkeit der Arbeit in den Bezirken hin.

Schild, Braunschweig, befragte sich über die Arbeitsmoral der Kollegen in der Agitation; überdeutlich befindende in Braunschweig Antizipate gegen die Gewerkschaften.

Wejermann, Hannover, wünschte, dass der Feiertagsatz mehr Beachtung gefunden wird.

Bezirksleiter Weber führte noch aus, dass keine langfristigen Tarife abzuschließen sind; auch durch die Kollegen keine auslandsergänzende Arbeitswoche beschlossen; für uns gelte nur der gesetzliche ausländige Arbeitstag. In der Kontrolle müsse noch mehr geachtet und es müsse versucht werden, auch für die Lehrkräfte Ferien herauszuholen. Ferner sind einfach die Tarife für das gesamte Bäckerhandwerk anzustreben.

Kollege Appel, Hannover, führte zum zweiten Punkt: Der Genossenschafttarif und die Löhne in den Genossenschaften aus, dass der Tarif nur noch auf dem Papier steht; anderseits habe ein großer Teil der Genossenschaften den Tarif noch nicht einmal unterschrieben. Der Tarif mit den dazu gewährten Tendenzablagen zeigte nicht aus, die Tendenz der Kollegen zu übertragen, dabei müssten die Kollegen in den Genossenschaften ihre Lebendigkeitszulässigkeit regeln. Wenn auch die Löhne erheblich gestiegen seien, so habe ich doch die wirtschaftliche Lage der Kollegen erheblich verschlechtert. Das partikuläre Arbeitnehmerinteresse galt auch für die Genossenschaften; es müsse nun noch eine einheitliche Ausbildungsfest eingeholt werden. Er forderte die Kollegen auf, sich einzurichten und ihre Gewerbebeamten zu besorgen. — In der Diskussion wurde darüber stritt, ob dem Verband der Genossenschaften gerade bevorbereitet in letzter Zeit gelegenheit der Abschlusserneuerung. Es sei verhältnismäßig schwer, einen solch langfristigen Tarif abzuschließen. Mehrere Kollegen protestierten gegen einen neu eingerückenden Tariftarif aus.

Zum dritten Punkt: Der Reichstarif in der Süßwarenindustrie, sprach Kollege Weidemann, Hannover. Er erläuterte den Tarif in seinen Einzelheiten, dabei die Mengen- und Fehlernahme. Der Tarif bringt für Hannover beträchtliche Veränderungen, dass es den Industrievertretern nicht möglich sei, ihn anzuerkennen. Weber meinte dagegen, sich außerhalb des Tarifs zu halten. Obzwar lebt die Gewerkschaft ab und verzerrt durch, wenn die Kollegen sich mit der Seite befassen, ein Vertreter des Betriebsverfassungsgerichts geladen wird. Die bei der Firma Stengel bestätigten Tabellen mit der Bezeichnung "Weber" erinnern, dass bei Abschluss des Tarifs gefordert werden müsse. Folgende Tendenzbestimmung fand einstimmige Zustimmung:

Die Vorstandskonferenz des Bezirks Hannover präsentierte auf das allgemeine Rechte, dass der Reichstarif für das Süßwarenhandwerk ohne Anhänger und Abhänger der Bezirksverbände bestimmt ist; die Konferenz spricht der Gewerkschaftsleitung ihre starke Zustimmung aus. Tatsächlich, das ist wiederum Lösungsweg festgelegt sind, die politischen Löhne unserer Industriegewerke aber weiterhin höhere gestellt sind, in den Industrien die Möglichkeit genommen, beziffern zu können. Die Sozialabstimmung verlangt, dass die Bezirke bei der Steuerregelung der Löhne unbedingt berücksichtigt werden.

Da ein Teil der Gewerkschaften es bereits ablehnt, den Reichstarif als verbindlich anzuerkennen, mag die Gewerkschaft die Gewerkschaftsleitung für diese Möglichkeiten abstimmen; es kommt dabei, dass die Gewerkschaftsleitung ihrer Gewerkschaft zuzumuten, die Gewerkschaft für den Bereich Hannover ja zu sagen, dass der Arbeitnehmer dieser Gewerkschaften gehörend bleibt.

Zum vierten Punkt: Die Gewerkschaften für das Bäckerhandwerk, durch Kollege Stiel. Er legte an der Hand der Gewerkschaftsbestimmungen die Verordnung über die Schiedsgerichte vor. Die Unternehmer leisten bei der Disziplinarstrafe zwischen Unternehmen beiderseits die Schiedsgerichte. Als nicht zur Aufgabe bestimmt er die Disziplinarstrafe der Schiedsgerichte und die Beurteilungsfrage. Da der Reichstarif nichts dagegen aussagt, über die Disziplinarstrafe entscheidet das Unternehmen selbst. Bei einer neuen Disziplinarstrafe ist um eine Gewerkschaft bestreitbar, ob sie rechtlich aufgestellt wurde.

Die Gewerkschaften bestreiten die rechtliche Richtigkeit, dafür zu wirken, dass die Gewerkschaften die Rechtsprechung auf Gewerkschaftsrecht eingespielt. Weidemann, Hannover, erklärte den Bäckerhandwerk, die Gewerkschaften sei eingespielt, die Gewerkschaften müssen für den Bäckerhandwerk besser als für andere Gewerke vom Gewerkschaftsamt; er hat die Gelben abgewiesen. Ein nochmaliger Versuch scheiterte ebenfalls.

Wir wissen, wo hinaus die Gelben wollen. Sie möchten nur zu gern in den Fachauschüssen und in der Arbeitsgemeinschaft ihre verräderische Rolle weiterspielen. Wir müssen aber den Gelben und ihren Ahnen heute schon erklären, dass unsere Organisation in dem Augenblick, wo die Gelben von der Regierung als Kampfverbandsmitglied anerkannt werden und demzufolge Vertreter in den Fachauschüssen und der Arbeitsgemeinschaft bestimmt würden, dankend auf sie die Beteiligung verzichten würde. Dann sollten die Unternehmer mit den Gelben die Arbeiten in der Arbeitsgemeinschaft und den Fachauschüssen allein machen, wie werden eine Beteiligung ablehnen, weil wir grundsätzlich nicht mit Verrätern an der Arbeitssache an einem Tische sitzen wollen, mit Leuten, welche Unternehmerinteressen vertreten müssen. Was würde das für eine Interessenvertretung sein, wo die Arbeiterschaft zerstückelt dem Stahl organisierten Unternehmertum gegenübersteht. Es würde nichts dabei herauskommen, höchstens der Schutz des Unternehmertums.

Wir müssen nochmals auf die Wichtigkeit der Fachauschüsse hin; es würde jetzt die höchste Zeit, dass die Kollegen zur praktischen Arbeit lämen. — Nachstehende Resolution wurde angenommen:

"Die Vorstände des Bezirks Hannover sowie die Fachauschüsse der Gewerkschaften verlangen, dass bei allen gepunkteten Preis- oder Wechselpreisänderungen die Fachauschüsse gehört werden; sie erwarten, dass alle Fachauschüssevertreter in diesem Sinne wirken."

Damit die Beschlüsse der Fachauschüsse auch Wirkung bekommen, macht es sich notwendig, dass die Hauptverwaltung beim Demobilisationsamt in Berlin dahin wirkt, dass eine Verordnung erlassen wird, wonach zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit die Regierungspräsidenten das Recht haben, diesbezügliche Verordnungen für ihren Bezirk zu erlassen."

Ein weiterer Punkt wurde zurückgestellt. Weber schloss die Konferenz mit der Aufforderung, im Bezirk rege weiter mitzuarbeiten.

Der Verbandsvorstand hat zu dieser Konferenz und ihren Beschlüssen zu erklären, dass er zunächst grundsätzlich davon festhalten muss, dass über die Abholung solcher Konferenzen vorher ein Einverständnis mit dem Verbandsvorstand seitens der Bezirksleitung herbeizuführen ist. Er sieht derartigen Zusammenkünften durchaus nicht ablehnend gegenüber — ihre Rullosung und Begrenzung, ihre Verfolgung, die Kostenverrechnung usw. müssen aber innerhalb einer Centralorganisation, die nicht nur dem Namen nach eine solche sein will, einheitlich geregelt sein, dürfen also nicht im Belieben eines Bezirks oder einer Kollegengruppe liegen. Der Verbandsvorstand wird mit den zuständigen Stellen Erörterungen nach dieser Richtung anstreben.

Wie notwendig es gewesen wäre, über die harmonische Zusammenkunft erstmals eine Vereinbarung mit dem Hauptvorstand herbeizurufen, zeigt die Stellungnahme und die angenommene Entschließung über den Reichstarif im Süßwarenhandwerk; sie hätte sicher eine andere Form erhalten, wenn einem Mitgliede des Hauptvorstandes Gelegenheit gegeben wäre, die letzten Vereinbarungen innerhalb des Centralausschusses und den Gang der Verhandlungen mit dem Reichsernährungsamt klarzulegen. Es hätte jedem Kollegen nachgewiesen werden können, dass die neuen Vereinbarungen auch für die allgemeine Süßwarenarbeiterschaft des Bezirks Hannover doch nicht so unverträglich sind, wie es hingestellt wurde. Und für die kleineren Kollegenkreise, die auf Grund besonderer Betriebsverhältnisse augenblicklich keinen wesentlichen oder auch in einigen Fällen gar keinen Vorteil erringen können, wird noch ein Weg für weitere Verhandlungen gefunden werden. Die Kollegen in Hannover und auch an andern Orten sollen nie über ihren örtlichen Schmerzen das große Ziel der Organisationsleitung vergessen, dass für den Gewerbetreibenden erstmals eine rechte Grundlage zur Gründung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden muss.

Mitgliederstand und Arbeitslosigkeit im April.

Der weitere Aufstieg der Organisation machte sich auch im April bemerkbar. Die Mitgliedszahl lag in diesem Monat auf 41305, darunter 12824 weibliche. In der gleichen Zeit konnte die Arbeitslosigkeit einen kleinen Rückgang anwenden, so dass am Schluss des Berichtsmonats noch 4065 arbeitslose Verbandsmitglieder einschließlich 324 weibliche, etwa 10 p.M., gezählt wurden. Der Verband ist daher auch jetzt noch mit Arbeitslosenauflösung stark belastet, immerhin jedoch nicht mehr in derselben Höhe wie in den vorhergehenden Monaten.

Mitgliederstand und Arbeitslosigkeit verteilt sich in folgender Weise auf die einzelnen Landesteile:

	Mitglieder	Arbeitslose
Öst. und Westpreußen	1515	123
Berlin und Brandenburg	7491	944
Hessen und Schlesien	1868	37
Provinz Sachsen	3304	129
Schleswig-Holstein, Lübeck, Hamburg	4203	616
Hannover, Oldenburg	3776	299
Westfalen und Lippe	2354	40
Rheinprovinz	2346	165
Hessen und Waldeck	2549	97
Bayern	3661	629
Sachsen und Thüringen	6558	755
Württemberg und Baden	1635	229
Einzahlzähler	81	2
Zusammen...	41306	4065

Besonders gross ist die Arbeitslosigkeit in den Grossstädten Berlin und Hamburg, in Bayern, Sachsen und Thüringen, Württemberg und Baden, dort, wo die Lehrkraftszulässigkeit während des Krieges in vollster Blüte stand und heute infolge der Überfüllung die Kriegsteilnehmer auf der Straße liegen müssen.

Auf die Gelben wollen in die Arbeitsgemeinschaft.

Zum gelben Bäckerblätter wird lang und breit der Bemühe zu erbringen versucht, dass auch der "Kund" eine Gewerkschaftsorganisation ist und infolgedessen das Recht für sich beansprucht, in die Arbeitsgemeinschaft aufgenommen zu werden. Nachdem die Leute, die für eine Arbeitnehmergewerkschaft in Frage kommen müssen, aufgewählt sind, meint der Weidemann, dass die gelbe Bezeichnung an sich in einem einzigen Lust darin besteht, erg. in die Gewerkschaftsverbände in Frage kommen müsse. Um als solche angeschaut zu werden, wurde an das Reichsverkehrsministerium das Erörtern gestattet, den Bund als Gewerkschaft anerkannt zu werden. Und zwar kommt dies für die Gewerkschaften bisher als kein gelbes Blatt vom Fleisch-

erziehungsam; er hat die Gelben abgewiesen. Ein nochmaliger Versuch scheiterte ebenfalls.

Wir wissen, wo hinaus die Gelben wollen. Sie möchten nur zu gern in den Fachauschüssen und in der Arbeitsgemeinschaft ihre verräderische Rolle weiterspielen. Wir müssen aber den Gelben und ihren Ahnen heute schon erklären, dass unsere Organisation in dem Augenblick, wo die Gelben von der Regierung als Kampfverbandsmitglied anerkannt werden und demzufolge Vertreter in den Fachauschüssen und der Arbeitsgemeinschaft bestimmt würden, dankend auf sie die Beteiligung verzichten würde. Dann sollten die Unternehmer mit den Gelben die Arbeiten in der Arbeitsgemeinschaft und den Fachauschüssen allein machen, wie werden eine Beteiligung ablehnen, weil wir grundsätzlich nicht mit Verrätern an der Arbeitssache an einem Tische sitzen wollen, mit Leuten, welche Unternehmerinteressen vertreten müssen. Was würde das für eine Interessenvertretung sein, wo die Arbeiterschaft zerstückelt dem Stahl organisierten Unternehmertum gegenübersteht. Es würde nichts dabei herauskommen, höchstens der Schutz des Unternehmertums.

Wenn es den Gelben ernst ist mit der Wahrung der Interessen der Kolleginnen, dann mögen sie ihre Afterorganisation in den Kreis schliefern und sich der freien gewerkschaftlichen Kampfsorganisation anschließen.

Patrioten mit diesen Leuten kann es nicht geben; denn sie haben sich an den Bäckerhilfen zu schwer verständigt;

wenn es auf sie ankommen würde, dann schmähten heute noch die deutschen Bäckerhilfen unter den tiefstarrigsten

Ausrichtung der Gewerkschaften.

4. Neue Ziele.

Die Arbeiten unserer Gewerkschaftscentralen, der Generalkommission und der Vorstandskonferenzen, charakterisieren sich — wie wir gesehen haben und soweit die Berichte hierüber der Öffentlichkeit zugängig gemacht sind — in der Hauptzweck lediglich als Arbeiten für den täglichen Bedarf. Sie sind darum auch in keiner Weise geeignet, die Massen der Gewerkschaftsmitglieder in grosszügiger Weise für bestimmte aus der Revolutionsperiode geborene und dem französisch vorwärtsdrängenden Geistgeist beherrschende Ideen zu begeistern. Sie wurzeln noch fast völlig im alten Abhängigkeitsgefühl vom Kapital und lassen die Entwicklung der grundlegenden Umgestaltung des Wirtschaftslebens durch die Revolution recht wenig erkennen. Wir verlangen durchaus nicht, dass man der jüngsten phrasenwürgen Stunde zuliebe irgendwelche Konzeptionen machen soll, die man nicht glaubt verantworten zu können. Aber statt am Althergebrachten festzuhalten, wäre ein Werken nach dem gewerkschaftlichen Ausgaben und des gewerkschaftlichen Geistes der Menschheit. Die Revolution muss auch die Gewerkschaften auf einen andern Boden stellen, auf dem das Unrecht der heiligen Scheu vor dem noch heiligsten Kapitalismus ausgerottet ist. Frei und ohne Bagen muss man sich diesem gegenüber bewegen können, als freie Menschen im freien Staate, und absoolut gleichberechtigt soll die Arbeiterschaft dem Völker der Produktionsmittel gegenüberstehen. Die Revolution ist nicht deshalb über uns gekommen, damit lediglich unter dem Druck der aufgetretenen Arbeiterschaft nur eine ziffernmässig sichtbare Erhöhung des Arbeitseinkommens ertragen und dadurch eine materielle Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft vorausgesetzt wird, die in Wirklichkeit nicht ist und nicht sein kann. Die Ausmündung der Revolution nur in eine mit hohrebenden Wogen sich zeitende große Lohnverneinung wäre ein Missbrauch und eine Verfälschung der Weltgeschichte.

Wir brauchen vielleicht große ideelle Umstellungen, die sich völlig im Ziel und Zweckbestimmung des Arbeitsebens auswirken, ähnlich einer materiellen Einrichtung haben auch die idealen Bewegungen für die Arbeiterschaft; denn alle laufen letzten Endes darauf hinaus, dass ganze Lebensniveau der einzelnen auf andere, eines freien Menschen würdigere Grundlage zu stellen. Da mitzuleben, dürfen die Gewerkschaften nicht länger säumen. Die Gewerkschaftsbewegung braucht ein Ziel, eine Flare, den Geistgeist als beachtlichen Faktor in Rechnung stellende Aufgabe, die der Größe der Gewerkschaftsbewegung würdig ist. Sie braucht ein Aktionsprogramm, das durchzuführen, unter Aufsicht aller Gewerkschaftsmacht, begonnen werden muss und das die wirtschaftliche Auswirkung der Revolution unter ihrer Führung allen Wirtschaftskräften sichert; eine Aufgabe, die das Feuer der Begeisterung in die lebte Hütte trägt und alle Arbeitergenossen um ihr Banner schlägt. Schon längst musste das geschehen sein. Die ersten Revolutionstage schon hätten der Welt zeigen müssen, dass die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft unbedingt von den Parteien sozial und praktische Arbeit im höchsten Ausmaß zu leisten gewillt und befähigt sind. Das wäre als rechter Werkzeug der Stunde gedenkt worden. Stattdessen verzeichnet er der Bericht der Vorstandskonferenz vom 10. Februar in ironischer Würze die Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines gewerkschaftlichen Aktionsprogramms, ohne auch nur anzudeuten, nach welcher Richtung hin dieses unzureichende Aufgaben der kommenden Zeit festlegen soll.

So scheint es nachgerade Zeit zu sein, einige Punkte zu benennen, nach denen wir uns ein solches Programm aufgestellt denken, wenn es den heutigen Erfordernissen gerecht werden soll. Das grundsätzliche Prinzip muss sein, dass alle unsere Kollegen in ihrer Eigenschaft als Arbeiterschaft selbst die notwendige Kontrolle über die rechtmäßige Anwendung alles dessen in ihrer Hand haben müssen, was sich im öffentlich-rechtlichen Leben mit dieser Eigenschaft des Menschen beschäftigt. So ist zu fordern, dass zum Beispiel jeder Gewerkschaftsrat — man muss auch vor der eigenen Seite hin — seine Arbeit in der Arbeiterschaft selbst haben muss. Es darf nicht mehr so sein, dass die Gewerkschaften ihrer Erfüllung in konstitutionalem Maße nicht mehr in der Gewerkschaftsverbände, die sie für die Gewerkschaften geschaffen haben, eingeschlossen sind. Und ebenso ist es zu fordern, dass die Gewerkschaften vom Gewerkschaftsamt nicht mehr abgewiesen werden.

